

Bessere Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement – **jetzt handeln!**

Freiwilliges Engagement ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Doch bürokratische Hürden, steigende Anforderungen und Haftungsrisiken setzen Engagierte zunehmend unter Druck. Ohne nachhaltige Verbesserungen droht ein Rückgang ehrenamtlicher Strukturen. Engagementförderung ist nicht nur eine Frage der Wertschätzung, sondern eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie.

Unsere zentralen Forderungen:

1. Engagementförderung als Staatsziel festlegen

- Engagementförderung im Grundgesetz verankern, um demokratische Grundwerte zu stärken und die Anerkennung des Engagements zu fördern
- Engagement als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe etablieren – durch eine koordinierende Stelle im Bundeskanzleramt für einheitliche Politikgestaltung und Dialog mit den Ländern

2. Bürokratie abbauen – Ehrenamt entlasten

- bestehende Regelwerke systematisch auf unverhältnismäßige Aufwände überprüfen und Verwaltungsprozesse vereinfachen
- verpflichtende Folgenabschätzung neuer Gesetze für das Ehrenamt einführen: Ehrenamtscheck durch den Normenkontrollrat
- maßgeschneiderte Regelungen für Gemeinnützige statt pauschaler 1:1-Übertragung von Vorgaben für die Wirtschaft
- engagementfreundliche Haltung in Verwaltung und Politik fördern, z. B. durch Etablierung fester Ansprechpersonen in relevanten Behörden
- digitale Lösungen wie KI-gestützte Hilfsmittel und Open-Source-Tools zur Unterstützung des Ehrenamtes bereitstellen
- alltagstaugliche Infomaterialien zu Rechtsthemen entwickeln
- Pauschalregelungen für GEMA auf Bundes- bzw. Länderebene vereinbaren

3. Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht reformieren

- Haftungsrisiken für ehrenamtlich Engagierte durch eine gesetzliche Verankerung der „Business Judgement Rule“ minimieren
- steuerrechtliche Unsicherheiten beseitigen und eine praxisnahe Vereinfachung des Vereins- und Gemeinnützigkeitsrechts umsetzen
- praxisbezogene Definition des Zweckbetriebs vornehmen

- rechtssichere, bürokratiearme Regelungen für Sachspenden und die Erleichterung von Kooperationen schaffen
- Einsatz für Regionalentwicklung würdigen – Mitgliedsbeiträge in Heimatvereinen steuerlich anerkennen
- rechtlichen Rahmen für politische Betätigung Gemeinnütziger präzisieren

4. Zuwendungsrecht und Förderpraxis modernisieren

- sachgerechte Vereinfachung, Flexibilisierung und Digitalisierung von Förderverfahren für den Dritten Sektor
- Förderrichtlinien auf Bundes- und Landesebene harmonisieren für einheitlichere Verfahren und standardisierte Abläufe
- neben Projektförderungen auch verlässliche Investitionen in etablierte Strukturen wie Dachorganisationen gewährleisten

5. Zugänge erleichtern und Teilhabe fördern

- diversitätsorientierte Organisationsentwicklung fördern, Teilhabe stärken und Extremismusprävention gezielt voranbringen
- Strukturen für junges Engagement ausbauen – Engagement-Lernen in Kita und Schule länderübergreifend verankern
- auf Länderebene verbindliche Jugendbeteiligung in den Kommunen rechtlich absichern durch eine Reform der Gemeindeordnung

6. Ehrenamt besser wertschätzen – Anreize schaffen

- allgemeinen steuerlichen Bonus für ehrenamtliches Engagement schaffen
- ein Ehrenamts ticket im öffentlichen Nahverkehr einführen
- Engagement stärker als Qualifikation anerkennen – etwa durch Anrechnung auf Praktika, Vorteile bei Bewerbungen und Auswirkungen auf die BAföG-Förderdauer
- Debatte über die Anerkennung von zeitintensivem Engagement durch Rentenpunkte initiieren



Der **Westfälische Heimatbund e. V. (WHB)** ist Dachverband für rund 600 Heimat-, Bürger- und Kulturvereine sowie 700 Ehrenamtliche in der Heimatpflege in Westfalen. Der WHB vertritt etwa 130.000 freiwillig engagierte Menschen.
www.whb.nrw